

Mit „roten Briefen“ gegen die B 15 neu

Veranstaltung der B 15 neu-Gegner zum neuen Bundesverkehrswegeplan

Pauluszell. Am Mittwoch informierten sich knapp 100 Bürger in Pauluszell über die noch bis 2. Mai laufende Öffentlichkeitsbeteiligung zum neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Zur Veranstaltung hatte die Gemeinschaft der B15 neu-Gegner geladen.

Klaus Falk, Mitglied der Gemeinschaft und Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Buchbach/Ranoldsberg, gab eine Orientierung zu BVWP und PRINS, dem Projektinformationssystem des Bundesverkehrsministeriums (BMVI), welches das B 15 neu-Hauptprojekt und sechs Teilprojekte führt. „Aufschlussreich ist das Hauptprojekt“, führte Falk aus. „Es zeigt zwei Teilabschnitte der Landshuter Umfahrung und, auf der Bestandstrasse der B 15, Ortsumfahrungen für Taufkirchen, Dorfen, St. Wolfgang, Lengdorf und Rosenheim.“

Die Zuhörer aus der Gemeinde Wurmsham interessierten sich vor allem für das Teilstück Landshut-Rosenheim. „Es ist“, wusste Falk, „im BVWP als vorläufiges ‘Dummy-Projekt’ deklariert“ und erhielt die Bewertung WB mit Stern, es ist also ein Projekt im weiteren Bedarf, hat aber Planungsrecht“. Da die alte raumgeordnete Trasse im Landkreis Mühldorf nach Auskunft der Autobahndirektion Südbayern keine Gültigkeit mehr habe, müsse ein komplett neues Planfeststellungsverfahren für den im BVWP zugeordneten zwei- bzw. dreispurigen Ausbau eingeleitet werden. Und das bedeute laut Falk, dass die Trasse irgendwo westlich der B 15 alt bis zu einer Linie Bodenkirchen-Ampfing verlaufen könne, im Korridor, der von der Staatsregierung für den BVWP eingereicht worden war.

Wie man seine Stellungnahme online abgeben kann, zeigte Falk in

einer Präsentation. Christine Skala, Mitglied der BI Velden, ergänzte, dass Computergeübte gut mit der Online-Stellungnahme zurechtkämen. Für alle anderen habe die Gemeinschaft der Autobahngegner rote Briefe vorbereitet mit einem Formular, das die vom BMVI geforderten Angaben enthält und ein Feld zum Ausfüllen für die persönlichen Argumente gegen die geplante Trasse.

Den Einwand, dass die Landshuter Umfahrung nicht mehr zu verhindern sei, widerlegte Skala mit dem Hinweis, dass durch die hohe Umweltbeeinträchtigung des ersten Teilabschnitts eine Umsetzung noch längst nicht sicher sei. Auch seien die Kosten unglaublich, denn von den ursprünglich geplanten 350 Millionen Euro seien auf unerklärliche Weise nur noch 210 Millionen im BVWP übrig geblieben.

In der anschließenden Diskussion

stellte sich heraus, dass an der Isarhängeleite bei Landshut eine Rampe statt eines langen Tunnels geplant sei. Dies bestätigte Gisela Floegel, Vorsitzende der Gemeinschaft der B 15 neu-Gegner. Christine Skala verwies noch auf ein Parallelprojekt in Landshut, das den vierspurigen Ausbau der Konrad-Adenauer-Straße vorsieht und in PRINS als „engpassbeseitigend“ beschrieben sei, die dringlichste Kategorie im BVWP 2030. Dort allerdings sei dieses Projekt nur mit WB* bewertet.

Die Wurmshamer Bürgermeisterin Maria Neudecker betonte abschließend, dass gerade für ihre Gemeinde die Stellungnahmen der Bürger sehr wichtig seien, denn schon bisher sei Wurmsham sowohl im Westen als auch im Osten von verschiedenen Autobahnplanungen betroffen gewesen. „Ewig nur in Autobahnen denken, ist rückwärts-gewandt“, fasste sie zusammen.